info links

November 2025

Die Zeitung des Bezirksverbands Lichtenberg der Partei Die Linke

Die Linke
Bezirksverband Lichtenberg

© JENNIFER MARKE

Mieten-Notstand stoppen!

Jeder Mensch hat das Recht auf ein sicheres Zuhause und ein Leben in Würde. Die Wohnung ist der Ort, an dem wir uns nach der Arbeit entspannen, unsere Kinder ins Bett bringen, Zeit mit Freunden oder allein verbringen. Sie ist das Kernstück unseres Lebens.

Doch für Immobilienkonzerne sind Wohnungen vor allem eins: Geldautomaten. Schamlos nutzen sie aus, dass jeder Mensch ein Dach über dem Kopf braucht, treiben die Preise absichtlich in unmenschliche Höhe und zocken uns mit immer neuen Tricks ab.

Junge Leute können kaum noch ein eigenständiges Leben beginnen. Wer körperlich eingeschränkt ist verzweifelt bei der Suche nach einer barrierearmen Wohnung. Die Angst ist groß, wenn die Nebenkostenabrechung ins Haus flattert. Und auch bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bekommt man kaum noch jemanden ans Telefon, wenn etwas kaputt ist. Wohnungen verfallen und niemand kümmert sich.

Die Mietenkrise betrifft uns alle. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen sind die Mietpreise sogar zur Bedrohung ihrer Existenz geworden. Sie müssen über 40 % ihres Einkommens für Miete ausgeben.

Währenddessen stecken sich die Konzerne Milliardengewinne in die Tasche. Aber auch wenn man noch einen alten Mietvertrag oder das Glück einer Genossenschaftswohnung hat: Unsere hart erarbeiteten Steuergelder landen durch staatliche Unterstützung des Wohnungsmarktes und die immer notwendiger werdenden Sozialleistungen auf dem Konto der dreisten Vermieter, die auch noch den letzten Euro für ihren Profit aus uns herauspressen.

Das ist alles kein Naturgesetz, sondern politischer Wille! Damit muss Schluss sein. Wir werden keine Ruhe lassen, bis die Mieten wieder sinken. Gemeinsam und überall!

INES SCHWERDTNER

Wir fordern:
einen bundesweiten Mietendeckel!

Zusammen holen wir uns die Stadt zurück: Bei den Heizkosten fangen wir an!

Warum es sich lohnt,
sich zu organisieren.

Law and Order gegen Mietkriminalität

Unsere Stadt hat ein massives Problem mit dreisten Vermietern, doch der schwarz-rote Senat schaut nur tatenlos zu. Die Berliner erleben jeden Tag, wie der Wohnungsmarkt immer mehr zu einem Selbstbedienungsladen für Immobilienkonzerne verkommt. Wir fordern sofort die Umsetzung des absoluten Minimums: dass sich auch Vermieter an Recht und Gesetz halten. Mietwucher ist kein Kavaliersdelikt! Dafür gibt es eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren. Obwohl Mietwucher in tausenden Fällen vorliegt, wird dem nicht nachgegangen. Es braucht eine Taskforce Wohnen, die konsequent gegen illegale Mieten vorgeht und wir wollen die Bau- und Wohnungsaufsichtsbehörden sowie die Wohnungsämter besser ausstatten. Zudem fordern wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Mietkriminalität. Die Berlinerinnen und Berliner können nicht ein weiteres Jahr – bis nach den Wahlen – warten, es braucht jetzt sofort mutige Maßnahmen!

MAXIMILIAM SCHIRMER

Wir fordern:
Einen bundesweiten Mietendeckel!

© JENNIFER MA

Am 7. November 2025 riefen Ines Schwerdtner und die Bundestagsfraktion bei einer Kundgebung den Mietennotstand aus. Auch viele Genossinnen und Genossen aus Lichtenberg waren gekommen.

Was ist der Mietendeckel?

Der Mietendeckel der Linken stoppt die Mietpreise, begrenzt Mieterhöhungen und senkt überteuerte Mieten. Unser Konzept sieht drei Schritte vor: Zuerst frieren wir die bestehenden Mieten ein, damit Vermieter sie nicht weiter erhöhen können. Dann deckeln wir die Mieten und legen klare Obergrenzen fest. Und schließlich senken wir überhöhte Mieten, die mehr als 20 Prozent über dem Durchschnitt liegen. So holen wir uns die Kontrolle über unser Zuhause zurück – damit niemand mehr Angst vor der nächsten Mieterhöhung haben muss.

Warum brauchen wir einen bundesweiten Mietendeckel?

Die bisherigen Gesetze gegen steigende Mieten wirken nicht. Die Mietpreisbremse – das wichtigste Instrument der Regierung – sollte eigentlich verhindern, dass Mieten bei einem neuen Mietvertrag stark steigen. Aber sie gilt nur in manchen Städten, hat viele Ausnahmen und wird kaum überprüft. Das Ergebnis: Die Mietpreisbremse bremst die Preise nicht.

Dass der Mietendeckel wirklich wirkt, wissen wir aus Berlin: Die Mieten sanken, zahlreiche Mieterinnen und Mieter wurden spürbar entlastet. Die CDU, die in der Vergangenheit erhebliche Spenden aus der Immobilienbranche erhalten hat, klagte dagegen. Das Verfassungsgericht stoppte das Gesetz – nicht, weil es falsch war, sondern weil der Bund zuständig ist.

Und genau deshalb fordern wir jetzt einen bundesweiten Mietendeckel!

Löst der Mietendeckel allein wirklich den Mietennotstand?

Statt weiter zuzusehen, wie dreiste Vermieter und Immobilienkonzerne auf unsere Kosten reich werden, wollen wir uns Kontrolle über den Wohnungsmarkt zurückholen.

Um das zu erreichen, fordern wir nicht nur einen bundesweiten Mietendeckel, sondern:

Wir wollen, dass jedes Jahr 20 Milliarden Euro in bezahlbare Wohnungen investiert werden, die sich wirklich alle leisten können. Mehr bauen, aber gemeinnützig. Dann ist es bezahlbar!

Wir fordern, dass Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern gebaut werden, dauerhaft bezahlbar bleiben – und nicht nach ein paar Jahren wieder teuer vermietet werden können. Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung!

Wir wollen Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Wohnungen zu kaufen oder sich zurückzuholen, damit sie bezahlbar vermietet werden können.

Faire Vermieter unterstützen: Wer bezahlbare Mieten garantiert, soll steuerlich belohnt werden.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis – und deswegen sollten Wohnkonzerne mit tausenden Wohnungen nicht den Aktionären und Aktionärinnen gehören, sondern der Allgemeinheit.

Faire Sanierungen: Häuser und Wohnungen sollen nicht auf Kosten der Mieterinnen und Mieter teuer saniert werden. Wenn Häuser modernisiert werden, darf die Warmmiete nicht steigen – die Wärmewende soll sozial und gerecht sein.

QUELLE: WWW.MIETABZOCKE-STOPPEN.DE

Illegal hohe Mieten gehören bestraft – das sollte eine Selbstverständlichkeit sein

Am 6. November brachte die Linksfraktion im Bundestag einen Entwurf für ein Gesetz ein, mit dem es leichter werden würde, gegen illegale Mieten vorzugehen. Doch der Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Ahndung von Wuchermieten wurde abgeschmettert. Die Regierungsparteien und die AfD sagten Nein: Nein zum Schutz vor Abzocke, Nein zur Stärkung der kommunalen Wohnungsämter – und Nein zu den Rechten von Mieter:innen. Für Caren Lay, mietenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, ist es ein Skandal: „Die Regierung gibt vor, sich um die Mieter:innen zu kümmern. Aber de facto lässt sie sie im Regen stehen. Die Abstimmung macht klar: Recht und Gesetz gelten für Mieter:innen nicht."

Dass die Regierung nicht einmal offensichtliche Betrugsfälle ahnden will, zeigt, für wen sie Politik macht: für dreiste Vermieter und für die Immobilienlobby. Denn Deutschland erlebt einen massiven Mietennotstand, der auch von Wuchermieten befeuert wird. Illegale Mieten, die mehr als 20 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, sind weit verbreitet – darauf hat zuletzt die Mietwucher-App der Linksfraktion aufmerksam gemacht. Doch mit den aktuellen Regelungen können die Verstöße nicht geahndet werden. Länder und Kommunen wollen das schon lange ändern. Ihre Vorschläge brachte die Linksfraktion nun in den Bundestag ein – doch die Regierung wischte sie weg und versenkt das Thema in einer Kommission.

Ines Schwerdtner zeigte sich auf der Protestkundgebung am 7. November kämpferisch: „Noch treibt die Mieten-Mafia die Preise hoch, doch wir werden Vonovia & Co. das Handwerk legen, gemeinsam mit Tausenden Mieterinnen und Mietern. Im ganzen Land organisieren wir Nachbarschaftstreffen, um für sicheres Wohnen zu kämpfen. Wir wollen das Leben für alle bezahlbar machen – und mit den Mieten fangen wir an". DIE LINKE IM BUNDESTAG

Öffentliches Geld in private Taschen
Der Profit mit Sozialwohnungen

Seit Jahren schrumpft der Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland dramatisch. Was einst als zentrales Instrument sozialer Wohnungspolitik galt, scheint heute ein Auslaufmodell. Die Folgen spüren alle Mieterinnen und Mieter.

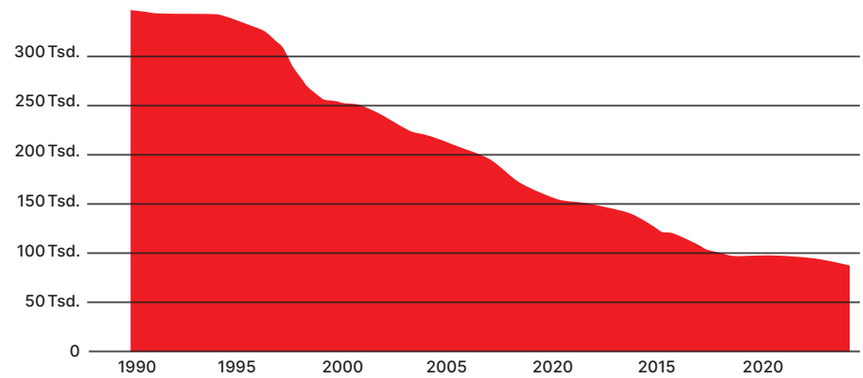
Was heißt Sozialbindung?

Als Sozialwohnungen werden Wohnungen bezeichnet, die eine Sozialbindung haben. Das bedeutet, dass Wohnungen nur mit Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet werden dürfen und der Mietpreis staatlich begrenzt ist. Diese Bindung gilt für einen festgelegten Zeitraum (meist 15 bis 30 Jahre) und endet automatisch. Beim Bau von Sozialwohnungen fließen öffentliche Gelder in Form von günstigen Darlehen und Zuschüssen an private, genossenschaftliche oder kommunale Bauträger. Im Gegenzug verpflichten diese sich, die Wohnungen günstig zu vermieten. Das heißt: Die Gesellschaft bezahlt den sozialen Wohnungsbau, aber der soziale Zweck gilt nur für einen begrenzten Zeitraum. Danach darf der Vermieter nach den Regeln des Marktes handeln. Ein lukratives Geschäft!

Der Schwund von Sozialwohnungen ist ein bundesweites Phänomen: Während es 1990 noch fast drei Millionen gab, sind es jetzt nur noch knapp eine Million. Gleiches gilt für Berlin.

Sozialmietwohnungen in Berlin

Das Land hat zwischen 1990 und 2024 drei Viertel des ehemaligen Bestands verloren. Ende 2024 gab es im Land nur noch rund 85.000 Sozialmietwohnungen.



Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

befristeten Sozialwohnungen ausgegeben, doch es fallen mehr Wohnungen aus der Bindung als neue entstehen. Nach Ablauf der Sozialbindung können private Vermieter die Mieten auf das Marktniveau anheben oder die ehemaligen Sozialwohnungen verkaufen. Die Mieter werden häufig verdrängt. Der Staat hingegen muss erneut neue Sozialwohnungen fördern. Dieses System ist ineffizient und teuer.

Doch es gibt Alternativen: Hamburg geht dank eines erfolgreichen Volksentscheids voran und möchte künftig 100 jährige und damit quasi dauerhaft gebundene Sozialwohnungen bauen. Der Staat könnte auch die öffentlichen Wohnungsunternehmen direkt öffentlich finanzieren, um damit dauerhaft gebundene Wohnungen in öffentlichem Eigentum zu bauen, wie es unsere Linksfraktion im Abgeordnetenhaus fordert.

Auch in Lichtenberg ist die Zahl der Sozialwohnungen drastisch gesunken:

	2020	2021	2022	2023	2024
Lichtenberg	**22.432**	**9.452**	**3.383**	**3.531**	**3.633**
Berlin	180.489	142.310	119.070	114.133	97.033

Öffentliches Geld für private Gewinne

Das deutsche System des sozialen Wohnungsbaus ist eine Umverteilung von öffentlichem Geld in private Taschen. Jedes Jahr werden Milliarden Euro für den Bau von

Die Lösungen:

Sozialen Wohnungsbau stärken: Wir brauchen ein großes öffentliches Bauprogramm mit dauerhaft bezahlbaren Wohnungen in kommunaler, genossenschaftlicher und gemeinnütziger Hand. Künftig sollten alle kommunalen Neubauwohnungen für die große Mehrheit der Berliner bezahlbar sein. Private Investoren sollen ihren Beitrag leisten: Sie sollen bei großen Bauprojekten mindestens 60 Prozent Sozialwohnungen errichten oder ihre Flächen an die Stadt verkaufen. München macht vor wie das geht. Nur so entsteht Neubau, der wirklich allen Berlinerinnen und Berlinern zugutekommt.

Kommunalen Wohnungsbestand ausbauen: Die sechs landeseigenen Gesellschaften verwalten über 360.000 Wohnungen. Das ist entscheidend, denn je größer der kommunale Bestand, desto besser kann Berlin Mieten begrenzen und Verdrängung stoppen. Wir setzen uns für eine konsequente Re-Kommunalisierung und den Ausbau des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus ein – gemeinsam mit den Genossenschaften, die als nicht-profitorientierte Akteure Garant für dauerhaft bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum sind.

Private in die Pflicht nehmen: Wir wollen größere private Vermieter per Gesetz dazu verpflichten, mindestens jede dritte Wohnung an Menschen mit geringen und mittleren Einkommen mit Wohnberechtigungsschein zu vermieten. Die Mieten in diesen Wohnungen werden gedeckelt und orientieren sich an den Miethöhen im sozialen Wohnungsbau.

Das Ziel ist klar: **Mietendeckel in den landeseigenen Beständen sichern und zwei Drittel der neu vermieteten Wohnungen an Menschen mit geringem Einkommen vergeben.** Nur so bleibt Wohnen in Berlin für alle bezahlbar.

TONI KRAUS & PHILIPP MÖLLER

Zusammen holen wir uns die Stadt zurück: **Bei den Heizkosten fangen wir an!**

© JEAN SCHNEE

Nur gemeinsam können wir die Situation verändern

Bezahlbares Wohnen wird uns niemand schenken. Deshalb müssen wir uns gemeinsam organisieren und Druck aufbauen. Der Heizkostencheck zeigt, dass wir die Macht haben, uns zu wehren. Doch diese Erfolge sind nur der Anfang!

Wir werden noch viel mehr Sammelwidersprüche unterstützen.

Wir werden uns wieder im Kiez verankern und sie zu Orten machen, an denen wir bezahlbar und gerne leben.

Wir werden unsere Netzwerke ausbauen – sei es mit den Anwohnenden, mit den Mietervereinen oder mit bereits bestehenden Nachbarschaftsinitiativen.

Wir werden mithilfe von Nachbarschaftsversammlungen die zentralen Anliegen und Sorgen in unseren Stadtvierteln herausfinden.

Wir werden gemeinsam Lösungen für unsere Anliegen finden.

Wir werden uns gemeinsam die Wohnungen zurückholen, den Kiez, Lichtenberg und ganz Berlin – bis die Stadt wieder den Menschen gehört, die hier leben und arbeiten!

Der Erfolg des Heizkostenchecks

Mit dem Heizkostencheck macht Die Linke auch in Lichtenberg einen konkreten Unterschied. Seit Mai dieses Jahres gehen zahlreiche Aktive von Tür zu Tür, um auf den Heizkostencheck aufmerksam zu machen. Das ist ein kostenloses Angebot der Linken, mit dem sich Menschen zu Unrecht gezahltes Geld vom Vermieter zurückholen können. An sieben Aktionstagen haben wir schon an über 1.500 Türen geklopft und über 500 Gespräche mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn geführt. Zwei große Sammelwidersprüche haben wir organisiert: Zahlreiche Mietparteien schlossen sich zusammen, um gemeinsam ihr Geld zurückzufordern und so möglichen Repressalien des Vermieters vorzubeugen. Die Sammelwidersprüche könnten auch der Anfang für langfristige Formen gemeinsamer Organisierung bilden. Auf jeden Fall hilft der Heizkostencheck schon jetzt, mehrere hundert Euro zurückzufordern und uns gegen die Abzocke von dreisten Vermietern zu wehren!

Das Problem: die Vermieter

Viele Vermieter weigern sich, die neue Heizkostenverordnung aus dem Jahr 2014 umzusetzen. Diese Verordnung schreibt vor, dass die Erfassung des Heizkosten- und Warmwasserverbrauchs mithilfe eines zentralen Wärmemengenzählers zu erfolgen hat. Dieser ist meistens im Keller eingebaut. Fehlt ein solches Gerät, können Mietparteien pauschal 15 % der gezahlten Heizkosten zurückverlangen. Das ist nicht nur eine konkrete finanzielle Entlastung, sondern auch eine Kampfansage an die Immobilienlobby! Wir weigern uns, für die Profite der Wohnkonzerne zu frieren!

Erfahrungen, die motivieren

Die Erfahrungen an den Haustüren machen Hoffnung: Ein Anwohner wollte aus Begeisterung über unseren Heizkostencheck gleich in die Partei eintreten. Ein anderer hatte sich nicht von einer Umarmung abbringen lassen. Wieder ein anderer Anwohner wollte aus Freude seine Rückzahlung mit uns teilen. Ein aktives Mitglied unserer Haustür-AG sagte: „Dass ein Genosse bei mir klingelt und mir hilft, mein Geld vom Vermieter zurückzuholen, war ein unglaublicher Zufall. Aber es war auch der Moment, in dem ich gespürt habe: Hier geht es wirklich darum, Menschen zu stärken. Nicht abstrakt, sondern konkret. Das war für mich der Anfang einer Erfahrung, die mich bis heute begeistert. Inzwischen habe ich selber schon an Haustüren geklopft. Es zählt wirklich das Zusammen".

Schließt euch an

Es ist diese Begeisterung, die wir in alle Straßen und Wohnungen dieser Stadt zurückbringen wollen. Deshalb: Organisiert euch in euren Wohnhäusern und im Kiez! Lasst euch von euren Vermietern nichts gefallen! Macht mit bei gemeinsamen Aktionen! Wir wissen, dass jede und jeder von uns etwas beizutragen hat! Darum scheut euch nicht, uns zu kontaktieren. Wir freuen uns über jede helfende Hand! Falls es Barrieren gibt, die eurem Mitmachen im Weg stehen, lasst es uns wissen. Wir werden versuchen, sie abzubauen!

Am 29.11. geht's los!

Den Auftakt macht eine Mieter:innenversammlung am 29. November 2025. Gemeinsam mit den Mietparteien eines Wohnkomplexes in der Storkower Straße werden wir einen Sammelwiderspruch gegen fehlerhafte Heizkostenabrechnungen erwirken. Wir wollen mit den Menschen ins Gespräch kommen. Wir werden geteilte Sorgen diskutieren und gemeinsame Lösungen entwickeln. Damit es endlich heißt: Gemeinsam gegen ihre Mietabzocke!

DIE HAUSTÜR- UND HEIZKOSTEN-AG DIE LINKE LICHTENBERG

Schreib uns bei Fragen und Problemen zu Heizkosten und Miete:

heizkostencheck@die-linke-lichtenberg.de

Fraktions-Report

Fraktion Die Linke in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg November 2025

Es geht weiter im Ostseeviertel!

In diesem Jahr heißt es „40 Jahre Hohenschönhausen“. Einst bis 2001 als eigenständiger Bezirk bekannt, ergänzt Hohenschönhausen nun die städtebauliche Vielfalt Lichtenbergs und ist Wohn- und Lebeort für viele Familien geworden. Allein im Ortsteil Neu-Hohenschönhausen leben etwa 60.000 Menschen, so viel wie in mittelgroßen Kleinstädten.

Das gute Zusammenleben im Kiez, kurze Wege zur öffentlichen Nahversorgung, Schwimmhalle, Spielplätze, Grünflächen – dies sind alles Errungenschaften, die als schützenswert angesehen werden müssen.

Ein besonderer Kiez in Hohenschönhausen ist das Ostseeviertel. Benannt nach Urlaubsorten wie Zingst, Ahrenshoop oder Barth, ist hier leider nicht immer Feriengefühl an der Tagesordnung. Das Ostseeviertel wandelt sich und ist an vielen Stellen förderungsbedürftiger geworden. Umso mehr freut es uns also zu hören, dass sich der Bezirk erfolgreich um eine neue Förderkulisse im Städtebauförderprogramm „Nachhaltige Erneuerung“ beworben hat. Das kommt den Menschen im Ostseeviertel zugute, denn ab 2027 läuft die Förderung an und treibt somit die Quartiersentwicklung enorm voran. Bereits seit 2002 gibt es die Fördermittel des Programms und es wurden bisher rund 70 Millionen Euro investiert. Was wird nun aber mit den neuen Fördermitteln konkret geschehen? Ziel unserer Stadträtin für Stadtentwicklung, Camilla Schuler, ist es, die soziale Infrastruktur auszubauen, öffentliche Räume barrierearm zu gestalten und mit den Anwohnerinnen und Anwohnern vor Ort gemeinsam über die Entwicklung des Kiezes ins Gespräch zu kommen. Im Vordergrund steht auch, geeignete Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes und der grünen Infrastruktur zu ergreifen, die den Kiez für Hohenschönhauserinnen und Hohenschönhauser lebenswerter machen.

Damit die neue Förderung auch eingesetzt werden kann, wird als erster Schritt ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet, welches die konkreten Schwerpunktprojekte festlegt und sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene beschlossen werden muss. Der Bezirk kann und muss anschließend gemeinsam mit den Menschen vor Ort, sozialen Einrichtungen, Wohnungsbaugenossenschaften und lokalen Initiativen Angebote entwickeln und über die zukünftige Gestaltung des Quartiers ins Gespräch kommen. Wir werden die neue Förderkulisse begleiten und Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sein, damit das Ostseeviertel seinem Erholungswert im Namen alle Ehre macht.

ELISA SCHNEIDER

KOMMENTAR

40 Jahre Hohenschönhausen

Ich persönlich wohne noch keine 40 Jahre hier, sondern erst seit Mai 1997 – also 28 Jahre! Und ich habe es keine Sekunde bereut. Nach Berlin gezogen bin ich wegen der Arbeit und der Liebe. Die Arbeit ist noch die gleiche, die Liebe zum damaligen Mann nicht mehr. Die Liebe zu Hohenschönhausen ist noch immer da.

Weder die Lage am Stadtrand noch die vielen Plattenbauten sind etwas Negatives. Ich brauche nur zehn Minuten und bin inmitten grüner Natur im Landschaftspark Wartenberger Feldmark. Meine Kinder besuchten von der Einschulung bis zum Abitur die Schule „Grüner Campus Malchow“ mit ihrer Knirpsenfarm. Sie hatten Umgang mit Tieren, ein Unterrichtsfach Umweltlehre und sind heute sehr umweltbewusst und nachhaltig unterwegs.

Laufe ich in die andere Richtung habe ich im Umkreis von fünf bis zehn Minuten Fußweg mehrere Einkaufszentren, in denen kein Leerstand existiert, ein Multiplexkino, eine Schwimmhalle, Ärztehäuser, eine Bowlingbahn und sogar einen Regionalbahnhof, der mich zur Ostsee, in den Spreewald oder nach Westbrandenburg bringt. Dazu gibt es mehrere Straßenbahnlinien in verschiedene Richtungen, S-Bahn und Bus. In weniger als einer halben Stunde bin ich mitten in Berlin oder im Tierpark.

Unsere Innenhöfe sind groß und grün. Auch wenn an einigen Stellen gebaut werden soll, es ist immer noch grüner als häufig in der Innenstadt. Kitas und Schulen haben schöne Gärten und Freiflächen mit vielen Bäumen.

Die gute Planung aus DDR-Zeiten hat eben nicht nur viele Wohnungen geschaffen für eine Schlafstadt, sondern einen lebenswerten Ort für Familien, Singles, Jung, Alt, Frauen, Männer und alles dazwischen. 40 Jahre Hohenschönhausen = 40 Jahre glückliches Leben.

KERSTIN ZIMMER

100 Jahre Platte – Geschichte(n) aus Lichtenberg

Der Plattenbau prägt bis heute das Stadtbild im Bezirk. Doch die „Platte“ ist weit mehr als grauer Beton. Ihre Geschichte ist so vielfältig wie die Menschen, die in ihr leben. In Friedrichsfelde steht mit der Splanemann-Siedlung die erste Siedlung, die in der sogenannten Großtafelbauweise in Deutschland errichtet wurde. Dabei wurden die Platten noch vor Ort gegossen, anders als bei den später gebauten Wohnkomplexen in der DDR. Große Wohnkomplexe wie im Fennpfuhl, als erste zusammenhängende Plattenbau-Großsiedlung der DDR, sowie die Quartiere in Hohenschönhausen, in denen Wohnungen stets gemeinsam mit Infrastruktur, Grünflächen und Orten für Begegnung geplant wurden, folgten.

Im Jahr 2026 jährt sich der Beginn dieser Bauweise zum hundertsten Mal. Unsere Fraktion möchte dieses Jubiläum nutzen, um die Architektur, Geschichte und Lebenswirklichkeiten in den Plattenbaugebieten sichtbar zu machen. Wir schlagen vor, eine kulturelle Auseinandersetzung zum Thema anzustoßen – zum Beispiel in Form von Fotoausstellungen, Beteiligungsprojekten mit Kunstschaffenden oder Stadtteilrundgängen.

Auch die im Bezirk zahlreich erhaltene Kunst am Bau – Mosaike, Reliefs und plastische Arbeiten – soll dabei in den Blick rücken und helfen, verbreitete Klischees zu hinterfragen.

Der Antrag wurde fraktionsübergreifend positiv aufgenommen und zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Kultur und Weiterbildung überwiesen.

SAMANTHA KLUG

Hier in der Barther Straße wurde vor 40 Jahren der Grundstein für die Hohenschönhauser Neubauten gelegt.

Gedenktafeln erhalten, Geschichte lebendig halten

Pünktlich zum 25. Jubiläum des Förderkreises „Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung e. V.“ wurde die große Gedenktafel auf dem Friedhof der Sozialisten restauriert. Auf ihr sind über 500 Namen von Kommunist:innen, Sozialist:innen, konfessionell Widerständigen und Kriegsdienstverweigerern, die vom Faschismus ermordet wurden, festgehalten. Auch Kämpferinnen und Kämpfern des Spanischen Bürgerkriegs sowie Toten aus der Weimarer Republik wird auf dieser Tafel gedacht.

Wir freuen uns sehr über die gelungene Wiederherstellung und danken allen Engagierten, die sich seit Jahren um den Erhalt dieser wichtigen Erinnerungsorte kümmern. Denn das Gedenken an jene, die für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpften, ist keine Selbstverständlichkeit. Es braucht Pflege, Aufmerksamkeit und politische Unterstützung.

Als Linksfraktion setzen wir uns weiter dafür ein, dass auch die gestohlenen Gedenktafeln wieder angebracht werden. Außerdem haben wir einen Antrag in die BVV eingebracht, der das Bezirksamt auffordert, das Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar sicherzustellen, auch wenn vor dem Haupteingang derzeit gebaut wird.

Das würdige antifaschistische Erinnern bleibt für uns stetiger Auftrag.

ANTONIO LEONHARDT

Große-Leege-Straße: Beteiligung fortsetzen und Ideen der Anwohnenden ernst nehmen!

Die Große-Leege-Straße in Alt-Hohenschönhausen ist in keinem guten Zustand: Notdürftig geflickter Asphalt, ein unattraktiver Mittelgrünstreifen und fehlende Aufenthaltsqualität prägen das Bild. Zugleich ist der Parkdruck in der Umgebung hoch, was bei jeder Umgestaltung mitgedacht werden muss.

Daher begrüßen wir die erste Beteiligungsrunde des Bezirksamtes, bemängeln aber, dass zur ersten Ideensammlung schon drei konkrete Szenarien vorgestellt wurden, die Parkplätze teilweise enorm einstreichen. Ein Abbruch des bisherigen Beteiligungsprozesses, wie von der CDU gefordert, wäre ein falsches Signal. Gerade jetzt braucht es einen transparenten Dialog, bei dem Ideen und Bedürfnisse aus der Nachbarschaft ernst genommen werden und in die konkrete Planung eingebaut werden. Die Große-Leege-Straße hat eine Verbesserung verdient! Und nur gemeinsam lassen sich tragfähige Kompromisse finden, die sowohl den Alltag der Anwohnenden als auch die Entwicklung des Quartiers verbessern.

Unser Ziel ist klar:

- bauliche Mängel beseitigen und die Verkehrssicherheit erhöhen,
- die bestehenden Parkmöglichkeiten erhalten,
- die Aufenthaltsqualität durch mehr Grün, sichere Wege und nutzbare Flächen verbessern,
- und das alles in enger Abstimmung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern.

In den kommenden Wochen wird das Thema in mehreren Ausschüssen weiter diskutiert: im Verkehrsausschuss sowie im Ausschuss für Grünflächen. Die nächste öffentliche Beteiligungsveranstaltung findet am 2. Dezember 2025 statt.

Wir begleiten den Prozess weiterhin kritisch, konstruktiv und im Sinne der Nachbarschaft. Geld zur Umsetzung ist in der Investitionsplanung aktuell nicht eingestellt und eine Realisierung daher vor 2030 unwahrscheinlich.

TONI KRAUS

Erinnerung an NS-Zwangsarbeit

Wer schon jetzt mehr über Zwangsarbeitslager in Hohenschönhausen oder Lichtenberg erfahren möchte, kann sich hier informieren: www.ns-zwangsarbeit.de/recherche/lagerdatenbank/

Wo heute an der Ecke Küstriner Straße/Strausberger Straße ein Neubauprojekt entsteht, befand sich während der Zeit des Nationalsozialismus ein Zwangsarbeitslager. Hier mussten Zivilpersonen und Kriegsgefangene unter unmenschlichen Bedingungen in den nahegelegenen Betrieben rund um die heutige Große-Leege-Straße arbeiten. Insgesamt sind allein in Hohenschönhausen 19 Standorte von Zwangsarbeit dokumentiert. Auch für mich ein kaum bekanntes Kapitel unserer Bezirksgeschichte, das fast vollständig aus dem Stadtbild verschwunden ist.

Gerade weil sich das Gesicht Lichtenbergs und insbesondere Hohenschönhausens durch neue Bauvorhaben stark verändert, ist es wichtig, die historische Erinnerung wachzuhalten. In der Küstriner Straße, wo wir auch jedes Jahr am 8. Mai am Sowjetischen Ehrenmal Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung veranstalten, ist ein besonders geeigneter Ort, um an die Opfer der NS-Zwangsarbeit zu erinnern.

Wir stellten deshalb den Antrag, mithilfe einer Infotafel vor Ort die Geschichte der Zwangsarbeit sichtbar zu machen, das Gedenken an die Opfer zu bewahren und an die universellen Menschenrechte zu erinnern. In Zeiten, in denen rechte Bedrohungen und Gewalt zunimmt, braucht es solche Orte des Innehaltens und Lernens, damit so etwas nie wieder geschieht.

TONI KRAUS

Herbstlicher Kiezspaziergang durch die Frankfurter Allee Süd

Ende Oktober lud die Linksfraktion Lichtenberg zu einem herbstlichen Kiezspaziergang durch die Frankfurter Allee Süd ein. Zahlreiche Interessierte folgten der Einladung, um gemeinsam ihre Nachbarschaft neu zu entdecken. Bei goldenem Herbstlicht und anregenden Gesprächen führte der Weg quer durch die Geschichte und Gegenwart des Quartiers – von DDR-Architektur und Widerstand im Nationalsozialismus bis hin zu aktuellen Fragen rund um Stadtentwicklung, Verkehr und bezahlbares Wohnen.

Ob A100, Katzenwäldchen, das Mauritiuskirchcenter, das Denkmal der Roten Kapelle oder die HOWOGE – überall zeigen sich Themen, die verdeutlichen, wie eng politische Entscheidungen mit dem Alltag der Menschen im Kiez verknüpft sind. Auch der städtische Rahmenplan für die Frankfurter Allee Süd stand im Fokus: Unsere Stadträtin machte deutlich, dass ihr besonders am Herzen liegt, die soziale Struktur der Kieze zu bewahren, Wohnen und Grünflächen sinnvoll zu verbinden und Angebote für alle Generationen zu erhalten oder neu zu schaffen.

Der Spaziergang bot nicht nur spannende Einblicke, sondern auch Raum für Austausch: Wissen wurde geteilt, Ideen für eine soziale Stadt weitergedacht – Impulse, die wir

Antje Schiwatschev

gern in Anfragen und Anträgen in der BVV einfließen lassen.

Ein herzliches Dankeschön geht an unsere Stadträtin Camilla Schuler und an Antonio Leonhardt für die engagierte Mitorganisation und die wertvollen Hintergrundinformationen!

ANTJE SCHIWATSCHEV

Eine gelungene Premiere

Erstmals wurden in Lichtenberg in diesem Jahr – am 9. Oktober – vier renommierte Preise des Bezirks gleichzeitig verliehen, und für unsere Fraktion waren Kerstin Zimmer, Antje Schiwatschev, Toni Kraus, unsere Praktikantin Hannah Schubert und ich dabei.

Die Ehrung startete im Kulturhaus Karlshorst mit dem Demokratiepreis, und der ging unter Riesenjubel an Dagmar Poetzsch. Es gibt wohl so gut wie niemanden in Lichtenberg, der ihren jahrelangen ehrenamtlichen Einsatz für die Stolpersteinverlegung im Bezirk nicht kennt.

Der Frauenpreis wurde an Rosi, Mitarbeiterin in einem Lichtenberger Frauenhaus, verliehen. Ihr Name ist aus Sicherheitsgründen fiktiv, aber ganz real sind ihr riesiges Engagement, ihr großes Herz und ihre aktive Hilfe für Frauen und Kinder in ganz schwierigen Lebenssituationen. Davon wussten sehr eingehend zwei ihrer Kolleginnen zu berichten, die stellvertretend den Preis entgegennahmen.

Echt gute Stimmung durch die queere Blasmusikkapelle Transophonix!

Der Integrationspreis ging an Nadine Heinrich, Leiterin der Gemeinschaftsunterkunft Wartenberger Straße. Es war auch der Kollege von ihr, der sie für den Preis vorgeschlagen hatte, der die Laudatio hielt. Seine Argumente für die Nominierung waren mehr als überzeugend. Er sprach von ihrem unermüdlichen Eintreten für ein respektvolles, solidarisches und friedliches Zusammenleben, zu dem sie seit fünf Jahren beiträgt.

Schließlich wurde noch der Queer-Preis Lichtenberg 2025 verliehen. Der ging an die AG Queer. Sie hat sich vor vier Jahren gegründet und ganz viele Ideen und Formate entwickelt, um queeres Leben im Bezirk öffentlich zu machen, Neugier und vor allem Akzeptanz zu wecken.

Kulturell begleitet wurde der Abend von der wunderbaren Musikerin Another Nguyen und der in jeder Hinsicht bunten queeren Blasmusikkapelle Transophonix.

Einzige Kritik an der Veranstaltung: Die eigentliche Preisverleihung war sehr männerdominiert, sie oblag in erster Linie dem Bezirksbürgermeister Martin Schaefer und dem BVV-Vorsteher Gregor Hoffmann. Wenigstens beim Frauenpreis hätte man sich dann doch eine etwas andere Quotierung gewünscht, zumal die Bezirksstadträtin Filiz Keküllüoğlu anwesend war.

Insgesamt aber ist festzuhalten: Es war eine gelungene Premiere.

TATJANA BEHREND

Die Mietrechtsexpertin
Birgit Stenzel

Birgit Stenzel

Birgit Stenzel ist eine echte Berlinerin. In dieser Stadt wurde sie 1960 geboren. Lichtenberg ist ihr zuhause. Hier wuchs sie auf, ging hier zur Schule. Auch heute lebt und arbeitet sie in Lichtenberg. Ihre Kindheit bezeichnet sie als glücklich und behütet. Ihre Eltern waren Lehrer. Eine jüngere Schwester komplettierte die Familie. Gemeinsame Wanderungen, viele Bücher und klassische Musik gehörten dazu. Mit fünf Jahren konnte Birgit lesen. Später dann entwickelte sie eine Vorliebe für russische Schriftsteller wie z. B. Maxim Gorki. 1979 beendete Birgit ihre Schulzeit an der Erweiterten Oberschule Immanuel-Kant mit dem Abitur. Sie war auf der Suche nach einem Beruf, bevor sie sich letztendlich für ein Studium entschied. Sie arbeitete zunächst 10 Jahre bei der FDJ, der Jugendorganisation der DDR.

In dieser Zeit verbrachte Birgit drei Jahre in der Sowjetunion an der Erdgastrasse. Dahinter verbarg sich ein zentrales Jugendobjekt der FDJ für den Bau sowjetischer Erdgasleitungen. Diese versorgten dann Westeuropa mit Erdgas. Birgit war viel an der Trasse als Kulturverantwortliche, sogar bis in den hohen Norden, unterwegs. Nach ihrer Rückkehr in die DDR begann sie 1988 ein Studium der Rechtswissenschaft in Potsdam, das sie 1992 als Juristin der BRD beendete. Birgit erlebte den Untergang der DDR und den Anschluss an die Bundesrepublik während des Studiums, Lehrinhalte wurden fundamental verändert, den neuen Gegebenheiten angepasst. Ihr anschließendes Referendariat absolvierte die junge Juristin in Berlin, Brandenburg und Brüssel. In der belgischen Hauptstadt arbeitete sie beim Europäischen Metallgewerkschaftsbund, der Dachorganisation der deutschen IG Metall.

Seit 1995 ist Birgit Stenzel mit einer eigenen Kanzlei selbstständig. Sie bezeichnet ihre Kanzlei gerne „als Hausarztpraxis“, also als Anlaufstelle für Ratsuchende mit ihren alltäglichen Problemen, ob mit der Miete, Ehe oder Behörden. Viel Freude macht Birgit die Lehrtätigkeit an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, die sie seit 2012 ausübt. Dort unterrichtet sie Verwaltungsrecht für den öffentlichen Dienst.

Ihre langjährigen Erfahrungen kommen seit 2021 dem Berliner Mieterverein zugute. Dort ist Birgit Bezirksleiterin für Lichtenberg. In verschiedenen Beratungsstellen können sich Mieterinnen und Mieter als Mitglieder des Vereins Rat und Unterstützung holen. Besonders nachgefragt sind Problemlösungen zu Mieterhöhungen, Betriebs- und Heizkosten sowie bei aufgetretenen Mängeln. Birgit Stenzel ist seit dem Ende der DDR eine engagierte linke Politikerin. Sie hat während ihres Studiums in Potsdam die PDS mitbegründet, gehört der Vereinigung demokratischer Juristen an. Von 1999 bis 2021 war Birgit Bezirksverordnete in der BVV Lichtenberg. Ihre kommunalpolitischen Erfahrungen bringt sie heute als Bürgerdeputierte in den Ausschuss für Partizipation und Integration ein.

Auch in der Lichtenberger Seniorenvertretung ist Birgit aktiv. Dort gehört sie mit ihren 65 Jahren jedoch zu den jüngeren Mitgliedern. Probleme in der Linkspartei werden, wenn nötig, in der Bundesschiedskommission geklärt. Dort engagiert sie sich seit 2012. Heute ist sie die Vorsitzende. Die Kommission sucht weitere Mitstreiter, besonders Frauen sind willkommen. Sie müssen nicht unbedingt Juristen sein, sondern überparteilich arbeiten können. Ihren Ausgleich für die vielseitige engagierte Arbeit findet Birgit im Sport. Sie schwimmt gerne und ist oft mit ihrem Fahrrad auf großen Touren und im Bezirk unterwegs.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

20.11. und 18.12.
Bezirksverordnetenversammlung. Jeweils ab 17 Uhr in der Max-Taut-Aula, Fischerstr. 36. Die Tagung wird auch im Live-Stream übertragen:
http://videotron.de/lichtenberg/

KULTURTIPP

Betongold.
Wie die Finanzkrise in mein Wohnzimmer kam

Der Dokumentarfilm aus dem Jahr 2013 von Katrin Rothe ist der Bericht einer Betroffenen. Unter Betongold sind Immobilien gemeint, die als Anlageform ähnlich wie Gold dienen. Doch hier geht es um Menschen, deren Zuhause zum Spekulationsobjekt wird. Häuser werden aufgekauft, Mieterhöhungen angedroht und Luxussanierungen geplant, dann sollen die Wohnungen als Eigentumswohnungen veräußert werden. Die Mieter werden unter Druck gesetzt, schikaniert, zermürbt. Die Bewohner von Katrins Haus haben sich organisiert, doch letztendlich haben sie nach Gerichtprozessen und ständigem Baulärm ihr Haus verlassen. Der Film ist leider immer noch aktuell. Katrin Rothe hat mit ihren Kindern und einer hart erkämpften Abfindung eine neue Wohnung gefunden, was heute in Berlin im sozialen Bereich schon kaum mehr möglich ist. Der Film ist auf youtube zu sehen. DANIELA FUCHS

IMPRESSUM

Herausgeber:
Die Linke in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Tatjana Behrend, Toni Kraus
Adresse der Redaktion:
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin
E-Mail:
fraktion@linksfraktion-lichtenberg.de
www.linksfraktion-lichtenberg.de
Telefon: (030) 90 296 31 20
Redaktionsschluss: Ausgabe November, 7. November 2025
Gestaltung: Uta Tietze
Druck: Union Druckerei Berlin

Mietenfrage bleibt unbeantwortet: **DWE schreibt jetzt selbst das Gesetz**

© INITIATIVE DEUTSCHE WOHNEN UND CO ENTEIGNEN

Vor vier Jahren konnte die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen mit ihrem Volksentscheid rund 59 % der Berliner:innen für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne begeistern.

Unter dem CDU-SPD-Senat ist seitdem nichts passiert. Eine von Rot-Rot-Grün eingesetzte Expert:innenkommission sollte noch einmal die wesentlichen rechtlichen Fragen zur Umsetzung klären. Der Abschlussbericht jener Kommission liegt nun seit über zwei Jahren auf dem Tisch. Nicht einmal das juristisch sinnlose Rahmengesetz ist geschrieben.

Daher hat sich die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen entschieden, ein eigenes Gesetz zu schreiben. Durch Crowdfunding konnte sie innerhalb eines Monats über 100.000 € Spenden einsammeln. Genug Geld, um mit einer auf öffentliches Recht spezialisierten Anwaltskanzlei ein Gesetz zu schreiben.

Der Entwurf wurde vergangenen September vorgestellt. „Der Gesetzesentwurf beantwortet zentrale Fragen zur praktischen Umsetzung der Vergesellschaftung. Er legt fest, welche Wohnungsbestände von Konzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Gemeineigentum überführt werden und wie dieser Prozess abläuft. Darüber hinaus sieht der Entwurf eine Entschädigung deutlich unter Verkehrswert der Immobilien vor und ermöglicht so faire Mieten bei voller Refinanzierung aus laufenden Mieteinnahmen: So muss Berlin keine Schulden für die Entschädigungssumme machen.“ So die Kampagne. Aktuell steht das Gesetz zur öffentlichen Debatte online zur Verfügung.

Passiert der Gesetzesentwurf alle drei Stufen eines erfolgreichen Volksentscheids, dann könnten am Ende etwa 220.000 Wohnungen dem spekulativen Mietmarkt entzogen werden. Gemeinsam mit dem Bestand der sechs kommunalen Wohnungsunternehmen und der vielen Genossenschaften könnte ein gemeinwohlorientierter Mietmarkt in Berlin entstehen und weitere Mieterhöhungen, Verdrängung und Wohnraummangel verhindert werden.

Damit Berlin wieder allen gehört!

MATHIAS NEHLS & „MELLE“ ORT

Weitere Infos findet man auf der Webseite von Deutsche Wohnen & Co enteignen:

dwenteignen.de

Warum es lohnt, sich zu organisieren

Mieter:innen kämpfen für ihre Rechte

ANTONIO LEONHARDT

Falsche Neben- und Heizkostenabrechnungen, Mietmängel und überhöhte Mieten – auch in Lichtenberg sind die Auswüchse des Berliner Mietenmarkts längst angekommen. Gerade Großvermieter wie Deutsche Wohnen & Co ziehen auch in Lichtenberg mehrere Millionen jedes Jahr zu Unrecht aus den Taschen ihrer Mietenden. Viele Mieter scheuen dennoch die Auseinandersetzung mit dem Vermieter. Der Rechtsweg ist oftmals teuer und beschwerlich und scheint daher wenig lohnenswert.

Als Sozialist:innen wissen wir: Das Recht ist im kapitalistischen Staat häufig ein Instrument der Vereinzelung. Im Privatrecht begegnen sich Vermieter und Mieter scheinbar auf der Ebene der Gleichordnung, wobei das faktische Machtungleichgewicht systematisch ausgeblendet wird. Ein einmal erstrittenes Urteil wirkt sodann nur „inter partes“. Auch wenn z. B. alle Mietenden Geschädigte einer falschen Heizkostenabrechnung sind, profitieren am Ende nur die Kläger von einer Rückzahlung.

Es ist daher Aufgabe widerständiger Mieter:innenvereine und der Linken, die Häuser und ihre Bewohner zu organisieren. Gemeinsam wehren sich aktuell die Bewohner mehrerer Häuser in der Frankfurter Allee gegen ihren Vermieter – organisieren Hausversammlungen, informieren ihre Nachbarn in Haustürgesprächen und fertigen Sammelwidersprüche. Und nun gibt es auch einen solidarischen Prozesskostenfonds und Mietende ziehen gemeinsam vor Gericht. Als Rechtsanwalt unterstütze ich hier gerne.

Lichtenberger **Perspektiven**

Wenn junge Menschen aus dem System fallen

Ausreichend Wohnraum, der auch noch bezahlbar ist, ist die größte Herausforderung, der wir in Berlin gegenüberstehen. Während die Familie, Senior:innen, Alleinerziehende, Auszubildende, die Krankenpflegerin oder der Polizist kaum eine Chance haben, schnell eine Wohnung zu finden, erleben wir im Jugendbereich ein Problem, das kaum Beachtung findet und gerade die Vulnerabelsten trifft.

Das Jugendamt muss für junge, minderjährige Menschen die Verantwortung übernehmen und sie in unterschiedlichen Wohnformen betreuen. Aber: Sobald sie die Volljährigkeit erreichen, müssten sie theoretisch raus aus der Verantwortung des Jugendamtes. Sie fallen dann aus dem System. Junge Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, die Strukturen lernen müssen, die Begleitung bis zur Selbstständigkeit benötigen, können sich kaum auf dem Wohnungsmarkt durchsetzen. Sie werden in Richtung Sozialamt geschoben und damit dann Richtung ASOG-Unterkünfte. Das sind Einrichtungen für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Oder sie landen in der Obdachlosigkeit. Das halte ich für vollkommen falsch. Natürlich fallen hier zusätzliche Kosten für das Jugendamt an und die Folge ist, dass inzwischen alle Berliner Jugendämter ein großes Defizit zu verzeichnen haben. Die eine Lösung gibt es nicht. Ein Anfang wäre aber, dass endlich einmal die Entscheidung getroffen wird, leerstehende Gewerbeimmobilien in Trägerwohnen umzuwandeln. Damit tun wir uns immer noch viel zu schwer. Der Standort ist immer noch oft das Argument, hier nicht zu handeln. Aber jedes Zimmer, jedes Dach über dem Kopf hilft jungen Menschen, sich weiter in Richtung Eigenständigkeit zu entwickeln und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das sollte für uns an erster Stelle stehen! CAMILLA SCHULER

Wenn die Miete den Lohn auffrisst und der Kühlschrank leer bleibt, erzielt so mancher Vermieter einen Extraprofit

Ein ganz normaler Abend in einem Beratungszentrum des Berliner Mietervereins:

Ein junges Paar mit kleinem Kind bittet mich, ihren aktuellen Mietvertrag zu prüfen. Die Miete erscheint ihnen doch ganz schön hoch zu sein, aber sie sind ja froh, endlich einen richtigen Mietvertrag erhalten zu haben.

Ich gehe also den Mietspiegel durch und muss feststellen, dass die Miete mindestens 50 % über der erlaubten „höchstzulässigen Miete“ liegt.

Ein Einzelfall? Leider nein. Regelmäßig werden bei Neuabschlüssen die gesetzlichen Vorgaben der Mietpreisbremse verletzt, Wohnungen werden nur für befristete Zeiträume und möbliert angeboten, zusätzliche Kosten für Kellerräume vereinbart, automatische Mieterhöhungen nach dem Verbraucherpreisindex sind der Regelfall.

Obwohl es die gesetzlichen Vorschriften im BGB und im Wirtschaftsstrafgesetz gibt, sind die Mieter:innen regelmäßig auf sich selbst gestellt. Ein Rechtsstreit ist für die Betroffenen zunächst recht teuer – aber mit Rechtsschutz einer Mieterorganisation Erfolg versprechend. Die Forderungen der Linken, die Vorschriften des „Mietwucherparagraphen” zu schärfen und Mieter:innen auch durch die Bezirksämter zu unterstützen, wird auch vom Berliner Mieterverein und vielen anderen Mieterorganisationen geteilt.

BIRGIT STENZEL

Aus der Sozialberatung: Wenn Wohnungslosigkeit droht

Die Menschen, die zu mir in die Sozialberatung kommen, stehen oft vor einer scheinbar unlösbaren Situation: drohender oder bereits eingetretener Wohnungsverlust, der das Bedürfnis nach Sicherheit erschüttert. Bei anderen führen beengte Wohnverhältnisse zu Konflikten und erschweren den Alltag. In beiden Fällen wird die Wohnungssuche zur enormen Herausforderung: Steigende Mieten, stagnierende Löhne und unsichere Arbeitsverhältnisse machen es für Menschen mit geringem Einkommen fast unmöglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Hinzu kommt Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, etwa bei Bürgergeldbezug oder einem nicht „deutsch klingenden“ Namen. Die Frage „Wie finde ich eine Wohnung?“ bleibt für viele unbeantwortet.

Angebote wie „Die Linke hilft“ bieten Menschen in solch schwierigen Lebenslagen unbürokratische Unterstützung. Diese Initiative ist notwendig, da die prekäre finanzielle Ausstattung der Sozialarbeit und die Haushaltskürzungen es immer schwieriger machen, den wachsenden Bedarf an professioneller Hilfe zu decken. „Die Linke hilft“ kann ein erster Anlaufpunkt sein, ersetzt aber keine professionelle Unterstützung durch Soziale Arbeit. Die Sozialarbeit muss in ihrer professionellen Ausprägung erhalten und gestärkt werden, um den Herausforderungen der Mietkrise und der sozialen Ungleichheit gerecht zu werden. SARAH

Trennung unmöglich – Wie die Mietenkrise Frauen trifft

Bei meiner Arbeit in einer Frauenberatungsstelle begegnet mir das Thema Wohnen und begrenzter Wohnraum ständig. Momentan unterstütze ich eine zugewanderte Frau mit sechs Kindern dabei, einen Wohnberechtigungsschein zu beantragen, damit sie mit ihrer Familie aus der Drei-Zimmer-Wohnung ausziehen kann, in der niemand jemals Privatsphäre hat. Selbst wenn sie den WBS erhält, wird es für sie schwierig sein, eine Wohnung in der Nähe der Schule und Kita ihrer Kinder zu finden. Im schlimmsten Fall muss sie die Kinder an anderen Schulen anmelden oder täglich lange Wege in Kauf nehmen, damit sie am Unterricht teilnehmen können. Die älteren Kinder müssen ihre Mutter dabei stark unterstützen, haben bereits jetzt Eltern-Rollen eingenommen und sind überlastet.

Häufig kommen Frauen zu mir, die sich am liebsten von ihrem Partner trennen würden, dies aufgrund der angespannten Wohnlage jedoch nicht können. Meist sind sie finanziell abhängig vom besserverdienenden Mann und können sich – und oft auch ihre Kinder – nicht aus gewaltvollen Beziehungen befreien.

Auch viele Frauen, die bereits in Sozialwohnungen leben, die vom Jobcenter bezahlt werden, geraten in Schwierigkeiten: Wird die Miete nicht rechtzeitig überwiesen, entstehen Mietschulden und Kündigungen. Manchmal gelingt es uns noch, eine Räumung abzuwenden – doch das ist immer aufwändig und für die Betroffenen sehr bedrohlich.

Eine andere Frau besucht regelmäßig unsere Angebote. Sie ist seit vielen Jahren wohnungslos und lebt in einem Wohnheim – was man ihr auf den ersten Blick gar nicht ansehen würde.

Auch im Privaten begegne ich dem Thema immer wieder: Vor einigen Monaten sprach mich in Neukölln eine Mittsechzigerin an und fragte, ob ich zufällig in einer WG lebe, in der noch ein freies und bezahlbares Zimmer für sie frei wäre. Sie wirkte wie eine ganz normale Frau im frühen Rentenalter. Sie tat mir sehr leid.

MONIKA MAAS

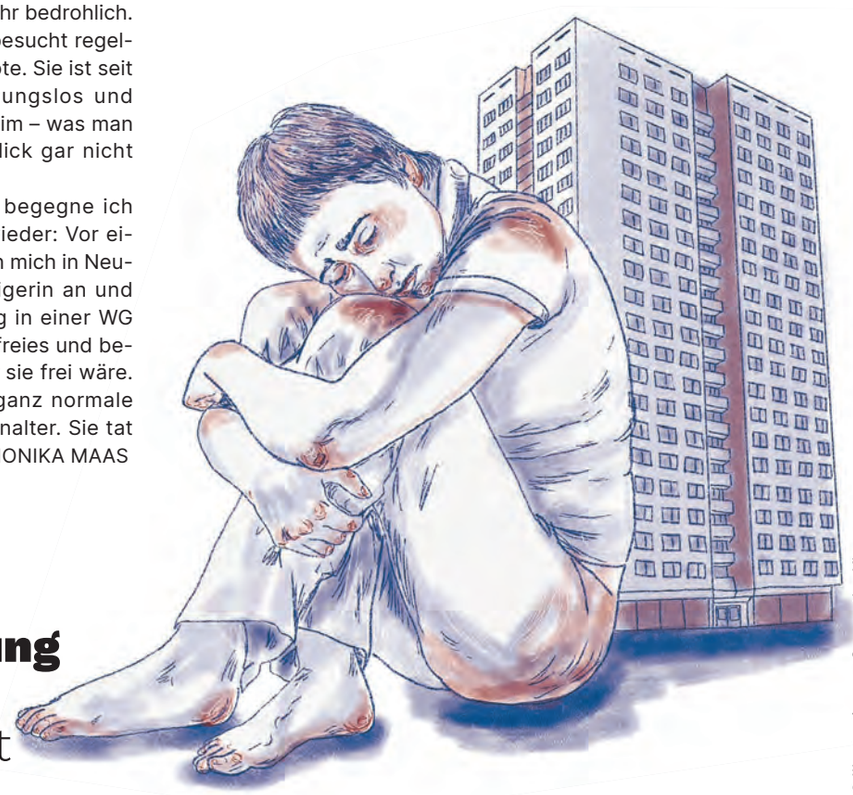
Wenn Mieten das Studium bestimmen

Der Wohnungsmarkt in Berlin erschwert Studierenden das Ausziehen und den Start in ein eigenes Leben. Die Wohnheime sind überfüllt und Wartelisten so lang, dass die Zuteilung eines Platzes oft erst nach mehreren Semestern realistisch wird. Die Alternative: Das Beziehen eines der heißbegehrten WG-Zimmer, die im Internet teils dubios beworben, häufig befristet und nicht selten ohne Anmeldung angeboten werden. Hier bewegt sich Berlin nach einer Studie des Moses Mendelssohn Instituts mit einer durchschnittlichen Miete von 650 Euro unter den Top 3 der teuersten Städte Deutschlands. Viele Zugezogene verbringen so die ersten Monate mit stetiger Wohnungssuche statt mit Vorlesungen.

In Zeiten steigender Lebensmittelpreise und eines zu geringen BAföG-Satzes haben Studierende, die nicht mehr zu Hause wohnen, zusätzlich mit wachsenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Um diese zu stemmen, steigt ihr Arbeitspensum neben dem Studium erheblich, weshalb die Einhaltung der Regelstudienzeit zunehmend zu einem Privileg wird.

Es braucht dringend politische und strukturelle Veränderungen, damit Wohnen und Studieren in Berlin wieder realistische Perspektiven für junge Menschen werden.

HANNAH SCHUBERT



© Illustrationen: Samantha Klug

Panik und Einschüchterung bei Vonovia: Wenn bei 5 € Schulden mit Rausschmiss gedroht wird

„Passt bloß auf, wenn ihr mal zu Vonovia gehört, wird's noch schlimmer", warnte ein Nachbar – und behielt recht. Seit der Übernahme von Deutsche Wohnen im Jahr 2022 hat sich der Umgang mit Mieter:innen deutlich verschärft. Europas größter Immobilienkonzern droht bei jeder Kleinigkeit: Hund im Hof? Wohnung weg. 5 € im Verzug? Wohnung weg. Belegeinsicht verlangt? Wohnung weg.

Rechtlich sind solche Drohungen meist irrelevant, doch sie zeigen Wirkung. Viele zahlen lieber fragwürdige „Mahngebühren" von 4 €, obwohl diese EU-weit unzulässig sind. Zahlungsaufforderungen überschneiden sich, Beträge werden künstlich erhöht – aus 4 € werden schnell 20 €, aus 50 € plötzlich 550 €. Ziel: Panik und Einschüchterung.

Auch Rückzahlungen und Nebenkostenabrechnungen sind oft undurchsichtig. Mietvereine raten, regelmäßig Kontoauszüge anzufordern und Forderungen genau zu prüfen. Denn erst bei einem Rückstand von etwa einer Nettokaltmiete droht tatsächlich der Verlust der Wohnung – und auch dann nur mit richterlichem Beschluss.

Vonovia nutzt Macht, Angst und Intransparenz als Geschäftsmodell. Der Konzern präsentiert sich freundlich, agiert aber mit Halbwahrheiten und bürokratischem Druck. So werden Mieter:innen verunsichert und mundtot gemacht.

Vonovia erlaubt sich einen Ton und Umgang mit ihren Mieter:innen, den sich kaum ein anderes Unternehmen leisten könnte. Das Wissen, dass man kein Konsumgut oder eine Dienstleistung verkauft, sondern sich an einem existenziellen Bedürfnis bereichert, macht die Vonovia arrogant und unerbittlich. Daher sollten Vonovia, Adler, Heimstaden und Co. ebenso unerbittlich Gegenwind bekommen, bis sie endlich vergesellschaftet sind.

„MELLE" ORT

Unsere Werkzeuge gegen Miet-Abzocke

Während die Regierung zulässt, dass Vonovia & Co. weiter abkassieren, unterstützt dich Die Linke ganz konkret. Viele von uns können sich Wohnen und Heizen nicht mehr leisten. Dagegen gehen wir gemeinsam vor. Wir helfen dir, dein Geld zurückzuholen und illegal hohe Mieten abzusenken. Mach jetzt den Check für Miete und Heizkosten! Damit wir den Mieten-Notstand endlich unter Kontrolle bringen.

Heizkostencheck

Viele Vermieter tricksen bei den Heizkosten! Wir prüfen deine Rechnung und helfen dir, dein Geld zurückzuholen. Wenn es in deinem Haus keinen zentralen Wärmemengenzähler gibt, dann haben Mieter:innen gegenüber dem Vermieter pauschal ein Kürzungsrecht der Heiz- und Warmwasserkosten um 15 %. Schick uns deine Rechnung, damit wir sie für dich prüfen können. Wir helfen dir, dein Geld zurückzufordern!

www.heizkostencheck.app

Mietwucher-Rechner

Viele hohe Mieten sind illegal! Mit dem Mietwucher-Check kannst du schnell prüfen, ob deine Miete zu hoch ist. Gib einige wenige Daten ein und erfahre, ob dein Vermieter dich abzockt. Ergibt der Rechner, dass in Deinem Fall Mietwucher vorliegen könnte, kannst Du per Mausklick eine Meldung an das zuständige Wohnungsamt abschicken. Das Amt muss dann ermitteln und wird sich für weitere Informationen zum Verfahren bei Dir melden. Das Wohnungsamt kann ein Bußgeld gegen Deinen Vermieter verhängen und du kannst eine Absenkung der Miete durchsetzen.

www.mietwucher.app

Adieu, Dieter!

Unser Genosse Dieter Görsdorf ist am 12. Oktober 2025 gestorben. Es gibt wohl niemanden, der ihn in Karlshorst nicht gekannt hat. Es gibt wahrscheinlich wenige, die ihn in Lichtenberg nicht gekannt haben.

Nicht wegen seiner großen Statur, sondern wegen seiner enormen Präsenz. Er war nicht zu übersehen, er war nicht zu überhören. Wann immer es nötig war, stand er ganz oben auf der Leiter. In Diskussionen wusste er zu überzeugen durch seine erfrischende Pragmatik, sein fundiertes Wissen und sein unerschütterliches Klassenbewusstsein.

Lieber Dieter, wir werden weiter für eine gerechte Gesellschaft kämpfen, für eine bessere Gegenwart und eine schönere Zukunft. Ganz in Deinem Sinne!

Der Name „Straße der Befreiung“ als Erinnerung an den Vorstoß der Roten Armee im April 1945 war Dieter sehr wichtig. Im Februar 1992 hatte das Bezirksamt Lichtenberg den Namen getilgt. Dieter ließ ihn (inoffziell) wieder aufleben.

Die Linke hilft
Unsere Sozialsprechstunde

In Lichtenberg geraten immer mehr Menschen unter Druck: Die Mieten steigen, die Preise im Supermarkt klettern, viele kämpfen mit unverständlichen Bescheiden, haben Behördenstress. Gerade dann ist es wichtig, nicht allein zu sein.

Deshalb bieten wir regelmäßig kostenlose Sozialsprechstunden an.

Wir unterstützen konkret: mit Zeit, Wissen und einem offenen Ohr. Gemeinsam mit Engagierten aus dem Bezirk, mit Initiativen, Vereinen und Anwältinnen und Anwälten stehen wir an deiner Seite. Egal ob Probleme mit dem Jobcenter, eine Mieterhöhung oder Unsicherheiten bei Anträgen – wir suchen gemeinsam nach Lösungen. Kein Anliegen ist zu klein, keine Frage unwichtig.

Jeden letzten Freitag im Monat, 17 bis 19 Uhr, findet eine kostenlose Sozialsprechstunde mit unserer Bundestagsabgeordneten Ines Schwerdtner und Rechtsanwalt Antonio Leonhardt an verschiedenen Orten in Lichtenberg und Hohenschönhausen statt. **Anmeldung:** beratung@die-linke-lichtenberg.de

Jeden ersten Montag im Monat, 16 bis 18 Uhr, findet eine Sozial- und Mietrechtsberatung mit Rechtsanwalt Antonio Leonhardt im Wahlkreisbüro von Hendrikje Klein, MdA, in der Alfred-Kowalke-Str. 14 in Friedrichsfelde statt. **Anmeldung bitte eine Woche vorher:** team@hendrikjeklein.de oder telefonisch 030-985 653 62

Aktuelle Termine und Infos: www.die-linke-lichtenberg.de/dielinkehilft

Geschäftsstelle Die Linke Lichtenberg,
Alfred-Kowalke-Straße 14,
10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
info@die-linke-lichtenberg.de

Öffnungszeiten:
- Dienstag 12–18 Uhr
- Donnerstag 12–18 Uhr

info links wird herausgegeben von:
Die Linke, Landesvorstand Berlin
Redaktionsadresse:
Geschäftsstelle der Partei Die Linke Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 516 592 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Camilla Schuler und Antonio Leonhardt

Redaktionsschluss der Ausgabe November war der 7. November 2025.
Druck: Union Druckerei Berlin
Die info links per E-Mail erhalten:
Bestellung per Mail mit dem Betreff „info links Abo“ an info@die-linke-lichtenberg.de

Spendenkonto:
Die Linke. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben: 810-503, info links, Ihr Name, Vorname